

Stadtteilentwicklungsplan Weststadt

Themenwerkstatt

Donnerstag 25.11.2010

17:30 – ca. 21:00

Energetikom, Hermann-Hagenmeier-Str. 1

Protokoll

Teilnehmer:

- 19 Bürgerinnen und Bürger, OBM Werner Spec (bis ca. 19:00), Baubürgermeister Hans Schmid (bis ca. 20:15 Uhr), Vertreter der städtischen Fachbereiche 17 (Bürgerschaftliches Engagement), 48 (Bildung, Familie, Sport), 61 (Stadtplanung und Vermessung), 67 (Tiefbau und Grünflächen), Referat 05 (Nachhaltige Stadtentwicklung) und 2 Vertreter des Landratsamts Ludwigsburg (Fachbereich Sozial- und Jugendhilfe)

Abkürzungen / Erläuterungen

BAB	Bundesautobahn
BZW	Bildungszentrum West
Jufö	Jugendförderung der Stadt Ludwigsburg
Kita	Kindertagesstätte
U3-Betreuung	Betreuungsangebote für Kinder von 1-3 Jahren

Ablauf

Begrüßung, allg. Info

Nach einer Begrüßung durch OBM Spec informiert Hr. Scheuermann über den Ablauf des Abends.

Informationen zum überörtlichen Verkehr

Herr Reiter stellt anhand einer Präsentation Auszüge aus den möglichen Trassenvarianten für Eglosheim bzw. die Weststadt vor. Dabei geht er auf Zusammenhänge, Abhängigkeiten und weitere wichtige Rahmenbedingungen ein.

Inhaltliche Schwerpunkte des Vortrags bilden die Varianten

- H4B4 (Hirschbergtrasse 4-spurig, Bahnparallele Trasse 4-spurig)
- T4B2 (Tunnel Eglosheim 4-spurig, Bahnparallele Trasse 2-spurig)
- A10B4 (neuer Anschluss Ludwigsburg Mitte mit 10-spurigem Ausbau der BAB A81, Bahnparallele Trasse 4-spurig)
- Westrandstraße (2-spurige Westrandstraße zwischen Autobahnanschluss LB-Süd und Ostumfahrung Asperg).

Die Ergebnisse sämtlicher Modellrechnungen zeigen, dass die Entlastungserwartungen der Teilnehmer an die Tunnelvariante T4 allein nicht realistisch sind. Die Variante T4B2 kostet ca. 50 Mio € mehr als A10B4 und vermindert hohe jährliche Tunnelbetriebskosten.

Ziel der Verwaltung war und ist eine integrierte Lösung (kein „Alleingang“ Ludwigsburgs). Der Ausbau der BAB 81 wird ohnehin als notwendig erachtet. Um dies realisieren und finanzieren zu können, soll die BAB 81 in den Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgenommen werden. Die Ostumfahrung Asperg ist u.a. ein Erfolg des interkommunalen Planungsprojektes „Ikarus“.

Zudem informiert Hr. Reiter über die Planungsvarianten der Stadtbahn durch die Weststadt.

Da es zu den Trassenvarianten zahlreiche Rückfragen gibt, wird die Möglichkeit eröffnet, am selben Abend in einer gesonderten Themengruppe darüber zu diskutieren.

Hinweis: Die ca. 70-seitige Broschüre „Entwicklungsperspektiven West“ kann beim Referat Nachhaltige Stadtentwicklung oder beim Fachbereich Stadtplanung und Vermessung angefordert werden.

Anschließend haben die Teilnehmer die Möglichkeit, eine von drei Themengruppen zu wählen, bzw. im Verlauf des Abends die Gruppen zu wechseln:

- Übergeordneter Verkehr (Trassenvarianten zur Verkehrsentslastung Eglosheims bzw. der Weststadt und Stadtbahn)
- Grün und Grünflächen
- Bildung und Betreuung, Sport.

Für die ursprünglich vorgesehene Gruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ fanden sich zu wenig Interessierte. Die Einbeziehung von Bürgern oder Institutionen soll deshalb direkt in den anderen Gruppen diskutiert werden.

Grün / Grünflächen

Kursiv = wurde auf den Flipcharts schriftlich festgehalten.

Sicherung Baumstandorte → Kataster

Erläuterung / Diskussion: Nach vermehrten Baumfällungen in der Weststadt kommt die Forderung nach einem besseren Schutz für die Bäume. Die Frage war, ob nicht eine Baumschutzsatzung hilfreich wäre.

Dargelegt wurde, dass es von Seiten der Stadt für die städt. Bäume ein Baumkataster gibt, das ständig aktualisiert wird. Muss ein Baum aus Verkehrssicherungsgründen fallen, so wird er ersetzt, vorausgesetzt, das vorhandene Baumquartier ist ausreichend für eine Nachpflanzung geeignet. Für Optimierungen der Baumquartiere stehen dem FB 67 zur Zeit keine Haushaltsmittel zur Verfügung (Haushaltskonsolidierung), sodass zum Teil Lücken entlang von Straßen entstehen. Eine Baumschutzsatzung wurde von 67-4 schon zweimal in den Gemeinderat eingebracht und jeweils abgelehnt.

Städtischer Haushalt → Stadt LB als touristisches Ziel aufwerten durch Verbesserung der Grünflächen

Erläuterung / Diskussion: Eine Aufwertung der öffentlichen Grünflächen könnte die Attraktivität Ludwigsburgs als touristisches Ziel steigern und müsste daher auch mehr Beachtung im städtischen Haushalt finden.

Bürgerschaf. Engagement → Patenschaften von Firmen

Erläuterung / Diskussion: Angeregt wurde die Pflege von Grünflächen durch Patenschaften. Die Idee wird von FB 67 unterstützt. Es gibt derzeit ca. 40 Baum- und Grünflächenpatenschaften, 2 davon in LB-West. Der Gewinn liegt weniger in der finanziellen Einsparung von Haushaltsmitteln als vielmehr bei der dadurch größeren Wertschätzung der Bäume und Grünanlagen.

Durchgrünung „Waldäcker I“? Sichern / Ersatz

Erläuterung / Diskussion: Wunsch ist, dass es einen durchgehenden Grünzug von Pflugfelden bis zum Monrepos gibt. Dieser wird behindert durch die geplanten Gewerbeansiedlungen. Für den Gewerbepark Waldäcker I gibt es einen rechtskräftigen Bebauungsplan, für das Gesamtgebiet gibt es einen Rahmenplan Gewerbepark Waldäcker. Gefordert wird der Erhalt der Kleingartenanlage Frommannkaserne und eine Verschmälerung der Baufenster im Waldäcker I (geplante Ansiedlung Atege) entlang der Schlieffenstraße, sodass dort ein Grünzug ermöglicht wird

Dargelegt wurden die bereits getroffenen politischen Entscheidungen (Waldäcker I+II und Waldäckerrahmenplan) und die im Gebiet geplante Grünverbindung, die nicht die gewünschte Dimension hat, dafür aber in der Mitte des Gewerbeparks Waldäcker liegt. Diese Grünzäsur dient zusätzlich als Kaltluftschneise (vgl. Klimatologisches Gutachten zum Bebauungsplan Waldäcker I).

Freiflächen zu kleinen Oasen! → Sichern!

Erläuterung / Diskussion: Die Kleingartenanlage Frommannkaserne wurde als wichtige Naherholungsfunktion angesprochen, sowie als Gartenersatz für viele, die beim Haus keine Möglichkeit für eine Gartennutzung haben.

Es wurde jedoch auf den städtebaulichen Konflikt hingewiesen: Aus Sicht der Stadtplanung fördert ein räumliches Gesamtkonzept von Gewerbeflächen (hier das räumliche Zusammenlegen von Gewerbeentwicklungsflächen) die Verminderung von Lieferverkehr und bringt dadurch eine Entlastung der Wohngebiete. Die Ersatzflächen für die Kleingartenanlage Frommannkaserne liegen näher an Wohngebieten, sind nicht von Gewerbebauflächen umgeben und nicht durch Verkehrslärm belastet.

Naherholung sichern

Ergebnis: Thematisch gleich wie oben

Das Problem ist, dass es Bürger aus der Weststadt weiter zu Naherholungsflächen haben als in anderen Stadtteilen und zudem viele Barrieren die Erreichbarkeit einschränken (Straßen, Autobahn, Bahn). Zudem muss auf markungsübergreifende Naherholungsflächen ausgewichen werden (siehe Osterholzwald)

Integrationsgarten

Erläuterung / Diskussion: Es wurde berichtet, dass viele Familien mit Migrationshintergrund in der Kleingartenanlage Frommannkaserne einen wichtigen Treffpunkt in ihrem Kleingarten gefunden haben und welche guten Nachbarschaften sich dort ergeben haben.

Zu viel Versiegelung im Westen → Entsiegelung als Ziel

Erläuterung / Diskussion: Als gutes Beispiel von Entsiegelung und Stadtbildgestaltung werden die Begrünungsmaßnahmen im Gebiet Grönerstraße genannt. Im Vergleich zum Restgebiet von Ludwigsburg wird für den Westen nur von 7 % Grünflächen gesprochen, die nicht durch weitere Versiegelungen (Hoch- und Straßenbau) reduziert werden dürften. Weitere Entsiegelungspotentiale wurden von den Teilnehmern nicht benannt.

Weiteres Entsiegelungspotential wird von 67 auf dem Parkplatz am Hinteren Stück gesehen. Eine Entscheidung, ob und wann die von der Stadt an Gewerbebetriebe des Westens verpachteten Parkplätze frei werden, ist noch offen. Bleibt zudem die Frage, wie hoch der Anteil an Grünflächen im Westen tatsächlich ist. Aus einer 2009 erarbeiteten Diplomarbeit geht hervor, dass die Weststadt u.a. 15 % Grünflächen, 2 % Ackerbaufläche, 34 % gewerbliche Bauflächen und 28 % Wohnbaufläche aufweist.

„Sinneswandel“ bei der Industrie / beim Gewerbe

Erläuterung / Diskussion: Gewünscht wird, dass in Gewerbegebieten auch genügend Freiräume mit eingeplant und verwirklicht werden. Somit kann auch die Lebensqualität und die Qualität des Arbeitsumfelds gesteigert werden.

Freiräume, Begrünungsmaßnahmen, Dachbegrünungen etc. werden als Minimierungsmaßnahmen in den B-Plänen festgesetzt und sind auch auf der Grundlage von Klimagutachten begründet. Oftmals stehen jedoch die wirtschaftlichen Interessen über den Freiraumqualitäten.

Einhalten der B-Plan-Festsetzungen

Erläuterung / Diskussion: Häufig werden die Bebauungsplanfestsetzungen nicht von den Gewerbebetrieben eingehalten.

Die Stadtverwaltung ist um die Einhaltung der Bebauungsplanfestsetzungen bemüht. In Hinblick auf die Bedeutung des Wirtschaftsstandortes LB kann jedoch eine Abwägung ökologischer Belange zugunsten ökonomischer Belange der Gesamtstadt erfolgen. Entscheidungen dieser Tragweite werden vom Gemeinderat beschlossen.

Erhalt der Kleingartenanlage Frommannkaserne (Die Ersatzflächen Römerhügel und Seeäcker sind bereits grün= keine Entsiegelung)

Erläuterung / Diskussion: siehe oben

Zudem wurde beklagt, dass die Ausgleichsflächen für die Versiegelung der bestehenden Kleingartensiedlung bereits Grünbereiche sind. Von Seiten der Bürger wurde gefordert, dass Versiegelung durch Entsiegelung ausgeglichen wird.

Diese Forderung macht das Ausweisen neuer Gewerbe-, sowie Wohnbauflächen nahezu unmöglich. Flächen zur Entsiegelung bieten sich nur in sehr geringem Umfang an, zudem befinden sie sich meist nicht in städtischem Eigentum, d.h. die Stadt hat keinen Zugriff auf die Flächen.

Osterholzwald für Naherholung

Erläuterung / Diskussion: Gewünscht wird ein Ausbau der Wege für eine bessere Naherholungsnutzung. Hieraus ergibt sich ein Konflikt mit Naturschutz und Landschaftsschutzgebiet. Das Land als Eigentümerin des Waldes will kein Geld in den Wegebau investieren.

Zusätzlich hat die Arbeitsgruppe folgende Strategien erarbeitet:

Beteiligung der Weststadt bei der Erarbeitung des Grünleitplans (obwohl und weil kein Obst- und Gartenbauverein!) → Stadtteilbeirat

Erläuterung / Diskussion: Die Teilnehmer fragen, warum der Bürgerverein nicht bei der Erarbeitung des Grünleitplans beteiligt wurde. Da LB-West nicht durch einen Stadtteilausschuss vertreten wird, wurde die Einrichtung eines Stadtteilbeirats für den Westen gefordert.

Nach Vorgaben der Verwaltungsspitze sollte der Grünleitplan im Beirat für Umwelt- und Landwirtschaft beraten und besonders betroffenen Verbänden und Vereinen zur Stellungnahme verschickt werden: dies waren Umweltverbände, Obst- und Gartenbauvereine, der Forst-, der Bauernverband und die landwirtschaftlichen Obmänner. Außerdem wurde der Grünleitplan dieses Jahr in den Stadtteilausschüssen beraten. Sämtliche Stellungnahmen werden soweit möglich in den Planentwurf eingearbeitet – auch die Stellungnahme des Vereins Naturpark West.

Ausgleichszahlungen im Stadtteil verwenden

Erläuterung / Diskussion: Es wird gefordert, dass Ausgleichszahlungen für Aufwertungen im Westen eingesetzt werden.

Die Stadt Ludwigsburg führt ein monetäres Ökokonto. Auf der Grundlage von Wiederherstellungskosten werden, neben einer ökologischen Bilanz, die Eingriffe monetär bilanziert. Aus den Einnahmen werden monetär und ökologisch bilanzierte Ausgleichsmaßnahmen realisiert. Auf das Ökokonto der Stadt fließen somit in der Gesamtheit alle Aufwertungsmaßnahmen und Eingriffe in der Stadt ein. Bei Eingriffen, z.B. durch Baugebiete, wird zunächst der Eingriff im Baugebiet durch Begrünungsmaßnahmen minimiert. Danach wird geprüft, wo im nächsten Umfeld des Baugebiets noch zu erbringende Ausgleichs-

maßnahmen umsetzbar sind. Für den Eingriff durch das Baugebiet Waldäcker I kamen die Ausgleichszahlungen direkt dem Ludwigsburger Westen zugute. Der Ausgleich erfolgte mit der Realisierung des Grünzugs Pflugfelden, durch den eine bisher für eine Straßenplanung offen gehaltene Trasse planungsrechtlich als öffentliche Grünanlage umgewandelt wurde. Für weitere Eingriffe in der Weststadt wird die gleiche Vorgehensweise angewendet, wobei der Ausgleich, der nicht im Baugebiet oder im räumlichen Zusammenhang realisiert werden kann, durch das Ökokonto-Guthaben der Stadt durch seine Neckarprojekte kompensiert werden wird. Als weitere Ausgleichsmaßnahme, die auf das Ökokonto eingebucht und im Westen realisiert wurde, sind die Entsiegelungs – und Begrünungsmaßnahmen im Gebiet Grönerstraße zu nennen.

Baumschutzsatzung

Erläuterung / Diskussion: siehe oben

Eine Baumschutzsatzung muss im Gemeinderat beschlossen werden. Politisch wird es derzeit schwierig sein, eine Baumschutzsatzung durchzusetzen.

Dokumentation der Grünflächen / Baumstandorte etc. und deren Belastung

Erläuterung / Diskussion: Die Belastung der Bäume ist der Stadt durch das geführte Baumkataster bekannt. Auch ist sie dabei zu prüfen, wo Nachpflanzungen von Straßenbäumen machbar sind und wo die Standortvoraussetzungen verbessert werden müssen.

Intensivierung + Nachverdichtung bestehender Gewerbeflächen

Erläuterung / Diskussion: Die Frage ist, ob die Ausweisung neuer Gewerbeflächen durch eine Nutzungsintensivierung von Bestandsflächen reduziert werden kann. Dabei wurde z.B. diskutiert, bestehende Parkplatzflächen durch Erstellung von Parkpaletten für Betriebserweiterungen nutzbar zu machen. Es wurde angeregt, diese „Potenzialflächen“ auch im Gewerbeflächenentwicklungskonzept zu berücksichtigen.

Weststadt 7% Grün → Versiegelungsstopp!

Erläuterung / Diskussion: Im Vergleich zur restlichen Markungsfläche wurde für die Weststadt dieser niedrige „Grünanteil“ benannt, mit bedingt auch dadurch, dass im Westen nahe der Siedlungsfläche die Markungsgrenze verläuft. Wie sich der Prozentanteil „Grün“ zusammensetzt (öffentliches Grün, privates Grün, landwirtschaftliche Flächen...?) blieb in der Diskussion offen und könnte im weiteren Verlauf des STEP nochmals differenzierter betrachtet werden

Bildung und Betreuung, Sport

Kursiv = wurde auf den Flipcharts schriftlich festgehalten.

Frau Clauß informiert über die Betreuungsangebote im Stadtteil. Für 15,5 % der Kleinkinder in der Weststadt kann in den Kindertageseinrichtungen eine Betreuung für unter 3jährige Kinder angeboten werden (Gesamtstadt derzeit: 15,2 %; Ziel Gesamtstadt: 34 %). Im Bereich der Schulen soll das Angebot an Ganztagesbetreuung ausgeweitet werden.

Das Programm „Kifa – Kinder- und Familienbildung“ beinhaltet die Schulung von Eltern (meist mit Migrationshintergrund) zu MentorInnen für Alltags- und allgemeine Bildungsfragen, die dann ihr Wissen an die anderen Eltern weitergeben. Dadurch wird auch das Ziel erreicht, frühzeitig die Eltern einzubeziehen. Bisher gibt es KiFa nur in den Kindertageseinrichtungen, eine Ausweitung für die Grundschulen ist in Planung.

Herr Streib informiert über Aufbau und Standorte der Jugendförderung. Das Areal des BZW (Bildungszentrum West) ist nach Aussage von Herrn Streib der beliebteste informelle Treffpunkt, auch außerhalb der Schulzeiten. Insofern bietet es sich an, wie von der Verwaltung vorgesehen (polit. Entscheidung steht noch aus), hier künftig Kräfte der Jugendförderung und der Schulsozialarbeit zu bündeln. Dies wird von den Teilnehmern sehr begrüßt.

Jugendliche wünschen Treffpunkte → 3-Seiten-Haus

- Erläuterung / Diskussion: vgl. auch Ausführungen zu „Treffpunkte“
- Ergebnis: Ein Drei-Seiten-Haus konnte bereits in Eglosheim und in Neckarweihingen realisiert werden. Wenn so etwas auch von den Jugendlichen der Weststadt gewünscht ist und diese einen Standortvorschlag machen, wird die Verwaltung dies prüfen.

Keine Vereine

- Erläuterung / Diskussion: Das Fehlen von (Sport)Vereinen bzw. einer breiten Vereinsstruktur in der Weststadt wird als großes Manko gesehen.

Treffpunkte: Spielplätze, BZW, Inlinerbahn, Aktivspielplatz, Naturpark West

- Erläuterung / Diskussion: Beliebtester Treffpunkt ist das BZW. Die vorgesehene Ansiedelung der Jugendförderung in den Räumen der Königin-Olga-Kaserne wird begrüßt. Herr Knoß berichtet, dass der Radweg zwischen Eglosheim und Weststadt oft als Treffpunkt diene. Es sei schon zu Sachbeschädigungen bei Einrichtungen des Vereins Naturpark West e.V. (Bänke, Infotafeln) gekommen. Treffpunkt am Wochenende ist auch der beleuchtete Parkplatz von Mann + Hummel in der Schlieffenstraße.
- Ergebnis: Herr Streib sichert zu, diese Bereiche im Auge zu behalten. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Jufö und Verein Naturpark West, z.B. über ein gemeinsames Projekt, kann dies evtl. entschärfen (Herr Knoß wird sich dazu mit der Jufö in Verbindung setzen).

Halle fehlt → Hallen bei Betrieben ← Wirtschaft

- Erläuterung / Diskussion: Die Sporthallen sind bereits voll belegt und bieten somit kaum Spielraum für zusätzliche Sport- oder Vereinsangebote für Jugendliche. Ggf. findet sich eine leer stehende Industriehalle, die z.B. für HipHop-Kurse oder Basketball genutzt werden kann.
- Ergebnis: Jugendförderung, Bürgerverein Weststadt und Stadtverwaltung wollen diese Idee weiterverfolgen. Die Stadt unterstützt gerne bei der Suche. Zunächst soll von Seiten der Jugendlichen der Bedarf („was soll dort stattfinden können?“) formuliert werden (FB 48, Jufö). Die eigentliche Anfrage an einen Hallenbesitzer sollte von Jugendlichen und/oder dem Bürgerverein kommen.

Foto- / Videoprojekt

- Erläuterung / Diskussion: Beim Fotowettbewerb des Bürgervereins (Sommer 2010) nahmen auch jüngere Leute teil. Ein Foto- oder Videoprojekt über den Stadtteil, speziell von Jugendlichen, sorgt für die Identifikation mit dem Stadtteil und ergibt ggf. einen ganz neuen Blickwinkel auf die Weststadt.
- Ergebnis: Die Jugendförderung wird diese Idee aufnehmen.

Kooperationen mit Kirchen etc.

- Erläuterung / Diskussion: Mangels Vereine sollen Netzwerke mit anderen Einrichtungen ausgebaut werden.
- Ergebnis: Die Kooperationen sollen projektbezogen erfolgen. (Sind die Kirchen in der Weststadtrunde vertreten??)

Übergeordneter Verkehr

In der Themengruppe „Überörtlicher Verkehr“ wurde über die im Vorfeld vorgestellten Trassenvarianten der „Entwicklungsperspektiven West“ diskutiert.

Im Einzelnen:

- H4B4 (Hirschbergtrasse 4-spurig, Bahnparallele Trasse 4-spurig)
- T4B2 (Tunnel Eglosheim 4-spurig, Bahnparallele Trasse 2-spurig)
- A10B4 (neuer Anschluss Ludwigburg Mitte mit 10-spurigem Ausbau der BAB A81, Bahnparallele Trasse 4-spurig)
- Westrandstraße (2-spurige Westrandstraße zwischen Autobahnanschluss LB-Süd und Ostumfahrung Asperg).

Im Ergebnis der Diskussion wurden folgende Anregungen seitens der Teilnehmer für den STEP West festgehalten:

- Von einer durchgehenden Westrandstraße wird für die Weststadt eine verkehrliche Entlastung erwartet und sollte zeitnah umgesetzt werden.
- Bei der Variante A10B4 wird eine diffuse verkehrliche Mehrbelastung in der Weststadt gesehen.
Kommentar der Verwaltung: Begleitende Neuregelungen im Erschließungsstraßennetz können Mehrbelastungen wirksam vorbeugen.

- Die Variante T4B2 wird als eine Entlastung für Eglosheim angesehen. Mehrverkehr in der Weststadt wird bei dieser Variante weniger erwartet als bei A10B4 und wäre daher aus Sicht der Weststadt eher zu favorisieren. Eine bahnparallele Straßenführung wird aber insgesamt abgelehnt.
Kommentar der Verwaltung: Die Verkehrsuntersuchungen zeigen eindeutig, dass ein Tunnel Eglosheim nur mit einer bahnparallelen Trasse wirksam entlastet, jedoch wegen der sehr hohen Kosten auf Seiten der Stadt voraussichtlich auf lange Zeit nicht realisierbar ist. Die höhere Leistungsfähigkeit der B 27 zieht zudem Verkehr von der A 81 auf die Stadtdurchfahrt der B 27.
- Nicht „20 Jahre“ auf eine Umsetzung der geplanten Trassenvarianten zu warten, sondern zeitnah kostengünstigere und innerörtliche Entlastungsmaßnahmen umsetzen!

Weitere Anregungen zum Thema „Überörtlicher Verkehr“ (nicht im direkten Bezug auf die oben genannten Varianten) waren:

B27:

- Die Verkehrswirksamkeit eines „B 27“ Tunnels von der Mäurach (Ortseinfahrt Eglosheim) bis zu B27 nach Kornwestheim (Höhe Autokino) sollte geprüft werden, mit oder ohne Ein-/Ausfahrtsrampen zwischendurch. Eventuell auch nur eine „Teiluntertunnelung“ der Stuttgarter Straße.
Kommentar der Verwaltung: Ein durchgehender Tunnel von ca. 4 km Länge hätte noch deutlich höhere Kosten als der von der Stadt allein nicht finanzierbare Tunnel unter der Frankfurter Straße. Ohne zusätzliche Ein-/Ausfahrtsrampen wäre der Tunnel nur für den Durchgangsverkehr nutzbar und würde Verkehr von der A 81 ziehen. Zusätzliche Ein-/Ausfahrtsrampen für den Ziel- und Quellverkehr brächten weitere Barrieren und Lärmquellen in das Herz der Stadt. Die Verwaltung hat daher nur eine Tieferlegung der B27 im Bereich Schloss- und Marbacher Straße (Variante A1+) untersuchen lassen. Dort würde auf einem kurzen Abschnitt entlang einer prominenten und sensiblen städtebaulichen Situation eine spürbare Verkehrsentslastung erreicht.
- Für die B 27 eine LKW-Maut verlangen.
Kommentar der Verwaltung: Hierzu fehlen (noch) rechtliche Möglichkeiten. Es liegt jedoch ein Referentenentwurf beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
- „Rote Welle“ auf der B 27 um diese für den Durchgangsverkehr unattraktiv zu machen und somit eine großräumige Verlagerung auf die überörtlichen Umgehungsstraßen zu erreichen.
Kommentar der Stadtverwaltung: Da derzeit mind. 2 von 3 Fahrzeugen auf der B 27 die Stadt nicht verlassen, würde der Ausweichverkehr in weiteren innerstädtischen Straßen (v.a. Abel-, Martin-Luther-, und Schlieffenstraße) gravierende Probleme und noch höhere Umweltbelastungen verursachen. Hier greift das gesetzliche Willkürverbot und die Straßenverkehrsordnung.
- Den Schleichverkehr bei überlasteter B 27 über August-Bebel-Straße, Kurfürstenstraße, Martin-Luther-Straße, Ruhrstraße, Hermann-Hagenmeyer-Straße und Solitudeallee zu unterbinden, z.B. mit straßenräumlichen Gestaltungselementen (z.B. Engstellen, Querungshilfen...)
Kommentar der Stadtverwaltung: Der Straßenzug Schwieberdinger-, Schlieffenstr. – Talallee - August-Bebel-Straße ist als Umleitungsstrecke für die A 81 ausgewiesen, auf dem keine Einengungen zugelassen werden können. Bei rascher Realisierung von durchgehend befahrbarer Westrandstraße und bahnparalleler Straße könnte die Umleitungsstrecke auf diesen Straßenzug verlegt werden.

LKW-Verkehr:

- Ein LKW-Lenkungskonzept für Ludwigsburg erstellen.
Kommentar der Stadtverwaltung: das Regierungspräsidium Stuttgart hat ein überregionales LKW-Lenkungskonzept für den nördlichen Großraum Stuttgart (Ludwigsburg, Freiberg, Pleidelsheim,...) untersuchen lassen. Erste Ergebnisse zeigen, dass für Ludwigsburg ein LKW-Durchfahrtsverbot nicht geplant ist. Die Stadt Ludwigsburg wird jedoch dieses Ergebnis so nicht akzeptieren.
- Die einzelnen Gewerbegebiete direkt an Umfahrungsstraßen anschließen und nicht über „Wohnstraßen“ führen.
- Martin-Luther-Straße für den LKW-Verkehr zu sperren.
- Ein Einbahnstraßensystem für den LKW-Verkehr einrichten, damit sich die LKW-Verkehrsbelastungen einzelner Straßenzüge halbieren.

Planung B27a:

- Verlegung des Autobahnanschlusses Ludwigsburg Süd in Richtung Süden mit Anschluss an die geplante B 27a-Trasse oder den Stammheimer Weg (L 1110).
- Die geplante Trasse B 27a maßgeblich zu unterstützen

Wegweisung:

- Einen Wegweiser am Autobahnanschluss Ludwigsburg Süd zu den Gewerbegebieten in Kornwestheim über Möglingen (L 1140) und Stammheimer Weg (L 1110) nach Kornwestheim anbringen.

Zum Abschluss der Themenwerkstatt konnte jeder Teilnehmer der Arbeitsgruppe ein kurzes Statement abgeben, was ihm persönlich in Bezug auf die Verkehrsthemen am wichtigsten sei:

- Die zuständigen Fachbehörden und die Politik sollten sich an die Richtlinien halten, z.B. in Bezug auf das LKW-Durchfahrtsverbot in der Solitudeallee (Lärmrichtlinien).
Obwohl aus Gründen des Lärmschutzes ein LKW-Fahrverbot in der Solitudeallee erteilt wurde, ließ das Regierungspräsidium Stuttgart Sonderfahrerlaubnisse für LKWs zu.
- Es sollte grundsätzlich entschieden werden, ob die Umwelteinflüsse des Verkehrs auf den Menschen (Lärm, Feinstaub,...) nicht ein wichtigeres Gut sind als neue Straßen zu bauen.
- Forderung nach großräumigen Umfahrungsstrecken.
- Sperrung der Martin-Luther-Straße für den LKW-Verkehr.
- Rückbau von innerstädtischen Straßen.
- Der Lärmaktionsplan bringt hoffentlich die erwarteten verkehrlichen Entlastungen.
- Die Autobahn weiter ausbauen, dadurch wird der Durchgangsverkehr auf die Autobahn verlagert.
- Den ÖPNV noch attraktiver gestalten.
- Eine Tunnellösung für Eglosheim favorisieren.
- Den Durchgangsverkehr unterbinden.

Ein kleines Stimmungsbild in Bezug auf „Für oder Gegen“ eine Stadtbahn in Ludwigsburg ging unentschieden aus.

Folgende Unterlagen

- Pläne der Variante A10B4 vom Knotenpunkt Kurfürsten-/August-Bebel-Straße.
- ***Ein Schreiben der Stadtverwaltung an das LUBW bezüglich des Lärmaktionsplans.***

können zusätzlich auf der städtischen Internetseite unter folgendem Link

http://www.ludwigsburg.de/servlet/PB/menu/1278430_11/index.html heruntergeladen werden.

Zusammenfassung und Ausblick

Frau Schuster, Herr Kuhnert und Herr Streib stellen die wichtigsten Aussagen aus den Arbeitsgruppen vor.

Nach intensiven Diskussionen und mehreren Wortmeldungen zum weiteren Procedere sind sich die Teilnehmer einig, dass die vorgesehene STEP-Abschlussveranstaltung im Frühjahr 2011 (noch) nicht ausreiche. Vielmehr solle es noch einmal eine Zwischenveranstaltung geben, in der über den Zwischenstand der Vorschläge und Maßnahmen berichtet werden solle. Zu besagter Zwischenveranstaltung sollten auch weitere und neue Zielgruppen (z.B. Jugendliche, Gewerbetreibende, Frauen) eingeladen werden und noch offene Themenfelder besprochen werden. Aus dem Teilnehmerkreis gab es hierzu keine konkreten Themenvorschläge für eine etwaige Zwischenveranstaltung (diese können jedoch nachgereicht werden). Eine zeitliche Verschiebung der Abschlussveranstaltung ist insofern ggf. gerechtfertigt. Die Verwaltung wird im weiteren Ablauf die Anregungen aus der Themenwerkstatt einarbeiten und entsprechende Beteiligungen konzipieren.

- Wortmeldung: Von den bisherigen Protokollen sei bisher nur eines auf die städtische Homepage gestellt worden.
→ Herr Scheuermann weist darauf hin, dass von der Auftaktveranstaltung (Dez. 2009) kein Protokoll erstellt worden sei, da es eine reine Themensammlung gewesen sei. Das Protokoll vom Workshop am 27.07.2010 stehe auf der Homepage, das Protokoll vom Workshop am 30.09.2010 müsste in diesen Tagen online gestellt werden. Von der heutigen Veranstaltung werde ebenfalls ein Protokoll online gestellt sowie als pdf-Datei an die Teilnehmer gesendet.
- Wortmeldung: Als Schulhof vorgesehene Fläche Parkplatz des Forum Privatschule in der Martin-Luther-Straße werde als Parkplatz genutzt
→ Fr. Schuster sagt eine Prüfung zu; in der Baugenehmigung sei dies als Schulhof vorgesehen gewesen.

13.12.2010

Jeanette Schuster, FB 61, sowie alle Beteiligten der Stadtverwaltung Ludwigsburg